

## Marktortanknüpfung im internationalen Kartelldeliktsrecht

Eine internationalzuständigkeits- und kollisionsrechtliche Untersuchung unter Einbeziehung rechtsvergleichender Überlegungen zum englischen Recht

Bearbeitet von  
Helena Isabel Maier

1. Auflage 2011. Buch. 473 S. Hardcover  
ISBN 978 3 631 60995 8  
Format (B x L): 14,8 x 21 cm  
Gewicht: 720 g

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Wettbewerbsrecht, Kartellrecht](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	17
Bearbeitung .....	21
Einleitung .....	21
Teil 1: Materiellrechtlicher Rahmen .....	25
1. Kapitel: Problemüberblick .....	25
A. Kartellrechtsdurchsetzung durch Schadensersatzansprüche Privater in Europa .....	25
I. Gemeinschaftsrechtliche Impulse für eine Stärkung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung .....	25
II. Aufnahme der gemeinschaftsrechtlichen Impulse durch die mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen .....	30
B. Vorgaben des Gemeinschaftsrechts für Schadensersatzansprüche von Kartellopfern .....	31
I. Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht in der Schadensersatzthematik .....	31
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben zur Begrenzung des nationalen Ausgestaltungsspielraums .....	33
1. Keine Beschränkung des Aussagegehalts der Courage-Entscheidung auf den entschiedenen Sachverhalt .....	33
2. Vorgaben des EuGH in Bezug auf die Lösung des Abwälzungsproblems .....	34
a. Illustration des Abwälzungsproblems für die Abnehmerseite ...	34
b. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für die Anspruchsberechtigung unmittelbarer Abnehmer .....	35
c. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für die Anspruchsberechtigung mittelbarer Abnehmer .....	37
d. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für den Umgang mit potentieller Mehrfachhaftung .....	40
e. Übertragbarkeit dieser Vorgaben auf die Lösung des Abwälzungsproblems für Lieferanten .....	42

C. Schadensersatzansprüche von Kartellopfern im deutschen Recht .....	42
I. Private Kartellrechtsdurchsetzung in Deutschland .....	42
II. Ansprüche aus Delikt .....	44
III. Sonstige Ansprüche .....	45
1. Ansprüche aus culpa in contrahendo .....	45
2. Ansprüche aus Bereicherungsrecht .....	45
IV. Schadensabwälzung im deutschen Recht .....	46
1. Anspruchsberechtigung unmittelbarer Abnehmer .....	46
2. Anspruchsberechtigung mittelbarer Abnehmer .....	48
3. Übertragbarkeit dieser Ansätze auf die Anspruchsberechtigung von Lieferanten .....	49
D. Schadensersatzansprüche von Kartellopfern im englischen Recht .....	50
I. Private Kartellrechtsdurchsetzung in England .....	50
II. Ansprüche aus breach of statutory duty .....	51
1. Bei Verstößen gegen EG-Kartellrecht .....	51
2. Bei Verstößen gegen englisches Kartellrecht .....	52
III. Ansprüche nach dem law of restitution .....	54
IV. Schadensabwälzung im englischen Recht .....	55
1. Anspruchsberechtigung unmittelbarer Abnehmer/Lieferanten .....	55
2. Anspruchsberechtigung mittelbarer Abnehmer/Lieferanten .....	56
2. Kapitel: Themeneingrenzung .....	57
A. Schadensersatz der Marktgegenseite .....	57
B. Kartelldeliktsrecht .....	58
I. Deliktsrechtliche Qualifikation nach deutschem und englischem Recht .....	58
II. Deliktsrechtliche Qualifikation im rechtsvergleichenden Überblick ..	59
C. Preisabsprachenkartelle .....	61
I. Bedeutung .....	61
II. Verbotstatbestand nach EG-Wettbewerbsrecht, Art. 101 AEUV .....	64
1. Schutzzweck .....	64
2. Einzelne Voraussetzungen .....	66
a. Maßnahmen .....	67
b. Unternehmen .....	68
c. Wettbewerbsbeschränkung .....	70
d. Spürbarkeit .....	71
e. Zwischenstaatlichkeitsklausel .....	72
f. Keine Legalausnahme nach Abs. 3 .....	73
g. Relevanter Markt .....	73
III. Verbotstatbestände nach nationalem Recht .....	75
1. Deutsches Recht .....	75

2. Englischs Recht .....	76
D. Terminologisches .....	77
Teil 2: Internationale Zuständigkeit .....	79
1. Kapitel: Europäisches Zuständigkeitsrecht .....	80
A. Gesamtschau .....	80
I. Regelungsinstrumente des europäischen Zuständigkeitsrechts .....	80
II. Verhältnis von europäischem und nationalem Zuständigkeitsrecht ....	82
III. Kollisionsrechtsindifferenz der Verordnung .....	85
IV. Umfang gerichtlicher Prüfungspflicht .....	85
1. Deutsches Recht .....	86
2. Englischs Recht .....	89
3. Schlussfolgerungen für das Kartelldeliktsrecht .....	92
V. System der Gerichtszuständigkeiten und Vorgehensweise .....	93
B. Gerichtsstand für Deliktssklagen (Art. 5 Nr. 3 EuGVVO) .....	94
I. Grundlagen .....	94
1. Wesentliche Auslegungssprinzipien .....	94
2. Tatbestandsmerkmale im Überblick .....	95
a. Bestimmung der sachlichen Reichweite .....	95
b. Bestimmung des Tatortbegriffs .....	96
aa. Maßgeblichkeit von Handlungs- und Erfolgsort .....	96
bb. Einschränkende Auslegung von Handlungs- und Erfolgsort .....	97
(1) Handlungs- und Erfolgsort bei Streudelikten .....	98
(a) Shevill-Entscheidung .....	98
(b) Reaktionen und Stellungnahme .....	99
(2) Abgrenzung des Erfolgsorts vom Schadensort .....	101
(a) Durch eine unmittelbar betroffene Person vermittelter Vermögensschaden .....	101
(b) Durch ein unmittelbar betroffenes Rechtsgut vermittelter Vermögens(folge-)schaden .....	102
(3) Offene Fragen bei der Handlungsortbestimmung .....	104
3. Zusammenfassung auslegungsrelevanter Gesichtspunkte .....	106
a. Ratio von Art. 5 Nr. 3 EuGVVO .....	106
b. Weitere auslegungsrelevante Gesichtspunkte .....	107
4. Haftung für reine Vermögensschäden .....	109
a. Versuch einer Begriffsbestimmung .....	109
b. Meinungsspektrum .....	111
c. Rechtsprechung des EuGH .....	113
aa. Rechtssache Danmarks Rederiforening/DFDS .....	113

(1) Entscheidung .....	113
(2) Reaktionen .....	114
bb. Rechtssache Kronhofer .....	114
(1) Entscheidung .....	114
(2) Reaktionen .....	115
d. Stellungnahme .....	118
aa. Handlungsortpräferenz versus Ubiquitätsregel .....	118
bb. Vermögensbestandteil versus Vermögensmittelpunkt .....	119
cc. Einheitlichkeitspostulat versus Deliktstypenspezifizierung .....	121
II. Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzansprüche ...	123
1. Anwendung von Art. 5 Nr. 3 EuGVVO auf unmittelbare Abnehmer/Lieferanten .....	124
a. Lokalisierung des Problems .....	124
b. Bestimmung des Handlungsorts .....	126
aa. Verzicht auf eine Handlungsortanknüpfung .....	127
(1) Meinungsstand .....	127
(2) Stellungnahme .....	128
bb. Ort der Vornahme der wettbewerbswidrigen Absprache ...	128
(1) Meinungsstand .....	128
(2) Stellungnahme .....	129
cc. Ort der Durchführung der wettbewerbswidrigen Absprache .....	131
(1) Meinungsstand .....	131
(2) Stellungnahme .....	131
(a) Widerlegung der Kritik .....	131
(b) Formulierung des eigentlichen Problems .....	133
(c) Zwischenergebnis .....	136
dd. Ort des (Wohn-)Sitzes bzw. der handelnden Niederlassung des Beklagten .....	137
(1) Meinungsstand .....	137
(2) Stellungnahme .....	138
(a) Grundsätzliche Zustimmungswürdigkeit der (Wohn-)Sitz- bzw. Niederlassungsanknüpfung .....	138
(b) Vorzugswürdigkeit der Unternehmenssitz- gegenüber der Niederlassungsanknüpfung .....	141
c. Bestimmung des Erfolgsorts .....	142
aa. Meinungsstand .....	142
bb. Konkretisierung der Marktortanknüpfung .....	144
(1) Auslegungsmaßstäbe .....	144

(2) Maßgeblichkeit des wettbewerbskollisionsrechtlichen Auswirkungsprinzips .....	146
(3) Präzisierung des Auswirkungskriteriums für die pri- vate Rechtsdurchsetzung .....	148
(4) Prüfungsdichte deutscher Gerichte im Hinblick auf das Auswirkungskriterium .....	149
cc. Stellungnahme .....	151
(1) Zusammenfassende Problembeschreibung .....	151
(2) Vorzugswürdigkeit der Marktortanknüpfung .....	152
(a) Sach- und Beweisnähe .....	152
(b) Berücksichtigung der Grundregel in Art. 2 Abs. 1 EuGVVO .....	153
(c) Vorhersehbarkeit/Rechtssicherheit .....	155
(d) Keine Multiplizierung von Gerichtsständen .....	155
2. Anwendung von Art. 5 Nr. 3 EuGVVO auf mittelbare Abneh- mer/Lieferanten .....	157
C. Vereinbarung über die Zuständigkeit (Art. 23 EuGVVO) .....	159
I. Rechtlicher Rahmen .....	159
II. Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzansprüche ...	160
1. Die Provimi-Entscheidung des High Court .....	160
2. Meinungsstand im Schrifttum .....	162
3. Stellungnahme .....	163
D. Mehrparteiengerichtsstand (Art. 6 Nr. 1 EuGVVO) .....	167
I. Rechtlicher Rahmen .....	167
1. Anwendungsvoraussetzungen .....	167
a. Ausfüllung des Konnexitätskriteriums .....	168
b. Verortung von Missbrauchserwägungen .....	171
aa. Meinungsstand .....	171
bb. Stellungnahme .....	173
2. Abgrenzung von europäischem und nationalem Zuständigkeits- recht .....	175
II. Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzansprüche ...	176
1. Anwendung von Art. 6 Nr. 1 EuGVVO auf unmittelbare Abneh- mer/Lieferanten .....	176
a. Die Provimi-Entscheidung des High Court .....	176
aa. Sachverhalt .....	176
bb. Problemstellung .....	177
cc. Rechtliche Würdigung durch den High Court .....	178
(1) Anforderungen an die am (Wohn-)Sitzgerichtsstand erhobene Klage .....	178

(a) Kartellrechtsverstoß durch Roche Ltd. ....	179
(b) Kausalität .....	180
(2) Subsumtion unter das Konnexitätskriterium .....	181
b. Reaktionen im Schrifttum .....	181
aa. Anforderungen an die am (Wohn-)Sitzgerichtsstand erhobene Klage .....	182
(1) Kartellrechtsverstoß durch Roche Ltd. ....	182
(2) Kausalität .....	183
(3) Anforderungen an die Beweisführung .....	183
bb. Subsumtion unter das Konnexitätskriterium .....	183
c. Stellungnahme .....	184
aa. Anforderungen an die am (Wohn-)Sitzgerichtsstand erhobene Klage .....	184
(1) Kartellrechtsverstoß .....	184
(2) Kausalität .....	188
(3) Anforderungen an die Beweisführung .....	190
(a) Problembeschreibung .....	190
(b) Ansatz des deutschen Rechts .....	191
(c) Ansatz des englischen Rechts .....	192
bb. Subsumtion unter das Konnexitätskriterium .....	193
(1) Anhand der im Schrifttum herausgearbeiteten Kriterien .....	193
(2) Modifikation dieses Ergebnisses im Hinblick auf kollisionsrechtliche Überlegungen? .....	196
(a) Meinungsstand .....	196
(b) Stellungnahme .....	198
(aa) Reichweite der Roche-Entscheidung .....	198
(bb) Bewertung der Roche-Entscheidung .....	199
cc. Verhältnis zum Gerichtsstand nach Art. 23 EuGVVO .....	202
2. Anwendung von Art. 6 Nr. 1 EuGVVO auf mittelbare Abnehmer/Lieferanten .....	202
2. Kapitel: Autonomes deutsches Zuständigkeitsrecht .....	203
A. Gesamtschau und Vorgehensweise .....	203
B. Gerichtsstand für Deliktssklagen (§ 32 ZPO) .....	203
I. Rechtlicher Rahmen .....	203
II. Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzansprüche ...	205
1. Erfolgsortkonkretisierung im Kartelldeliktsrecht .....	205
2. Zurechnung von Handlungsbeiträgen bei mittäterschaftlicher Tatbegehung .....	207
C. Vereinbarung über die Zuständigkeit (§§ 38 ff. ZPO) .....	209

I.	Rechtlicher Rahmen .....	209
1.	Wirksamkeit und Auslegung von Gerichtsstandsvereinbarungen ..	209
2.	Derogierbarkeit der Zuständigkeit aus § 32 ZPO .....	211
II.	Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzansprüche ...	213
1.	Kartellrechtliches Derogationsverbot .....	213
a.	Argumentation bis zum Inkrafttreten der Rom II-Verordnung .	214
b.	Argumentation unter Geltung der Rom II-Verordnung .....	216
c.	Argumentation für Gerichtsstandsvereinbarungen nach Art. 23 EuGVVO .....	218
2.	Bestimmung der Reichweite von Gerichtsstandsklauseln .....	218
a.	Leitlinien der Rechtsprechung .....	218
aa.	Fälle klassischer Anspruchskonkurrenz .....	219
bb.	Betrügerische Verhaltensweisen bzw. Verhaltensweisen im vorvertraglichen Bereich .....	219
b.	Entscheidungen zum Kartelldeliktsrecht .....	222
c.	Meinungsstand im Schrifttum .....	223
d.	Stellungnahme .....	225
D.	Kein Mehrparteiengerichtsstand .....	227
3.	Kapitel: Autonomes englisches Zuständigkeitsrecht .....	228
A.	Gesamtschau .....	228
I.	Systematischer Ansatz .....	228
II.	Vorgehensweise .....	232
B.	Gerichtsstand für Deliktssklagen (CPR, r.6.36 i.V.m. PD6B, para. 3.1(9)) .....	232
I.	Rechtlicher Rahmen .....	232
II.	Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzansprüche ...	236
C.	Vereinbarung über die Zuständigkeit (common law sowie CPR, r.6.11, r.6.12, r.6.36 i.V.m. PD6B, para.3.1(6)(d)) .....	240
I.	Rechtlicher Rahmen .....	240
II.	Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzansprüche ...	241
1.	Derogierbarkeit der Gerichtszuständigkeit? .....	241
2.	Bestimmung der Reichweite von Gerichtsstandsklauseln .....	242
a.	Anwendbares Recht .....	243
b.	Aussagegehalt der Provimi-Entscheidung .....	244
c.	Analyse der Rechtsprechung .....	245
d.	Folgefragen .....	249
D.	Mehrparteiengerichtsstand (CPR, r.6.36 i.V.m. PD6B, para.3.1(3)) .....	252
I.	Rechtlicher Rahmen .....	252
II.	Übertragung auf kartelldeliktsrechtliche Schadensersatzklagen .....	254



Teil 3: Anwendbares Recht .....	257
1. Kapitel: Anknüpfung nach deutschem Deliktskollisionsrecht .....	258
A. Öffentlich-rechtlicher Gehalt des Kartellrechts und Konsequenzen .....	259
I. Problem .....	259
II. Konsequenzen .....	263
B. Anknüpfungsansätze .....	263
I. In Betracht kommende Kollisionsnormen im Überblick .....	263
1. Vorrangige Maßgeblichkeit des wettbewerbsspezifischen Kollisionsrechts .....	263
2. Subsidiäre Anwendung des allgemeinen Kollisionsrechts .....	265
II. Rückgriff auf allgemeines Kollisionsrecht bei der Anknüpfung inländischen Kartellrechts .....	266
1. Einheitliche Anknüpfung von Verbotstatbestand und zivilrechtlicher Sanktionsfolge .....	266
2. Anknüpfung des Anspruchs aus § 826 BGB .....	268
III. Unterschiedliche Ansätze für die Anknüpfung ausländischen Kartellrechts .....	269
1. Sonderanknüpfungslehre .....	270
a. Inhalt .....	270
b. Argumente .....	271
2. Klassisch kollisionsrechtlicher Ansatz .....	272
a. Nach Art. 40 ff. EGBGB .....	273
aa. Inhalt .....	273
bb. Einordnung .....	276
b. Allseitiger Ausbau von § 130 Abs. 2 GWB .....	277
aa. Inhalt .....	277
bb. Argumente .....	278
3. Praktische Relevanz und abschließende Stellungnahme .....	281
IV. Rechtfertigung der Marktortanknüpfung .....	284
1. Zusammenfassende Problembeschreibung .....	284
2. Funktionale Sachrechtsanalyse .....	286
a. Herstellung von Wettbewerbsgleichheit (Annäherung von der Tatbestandsseite) .....	287
b. Schadenskompensation und -prävention (Annäherung von der Rechtsfolgenseite) .....	289
3. Rechtfertigung der Marktortanknüpfung nach Kegel'scher Interessenlehre .....	290
4. Folgerungen .....	293
a. Deliktstypenspezifische Ausformung der Tatortregel versus Sonderanknüpfung .....	293

b. Zurückhaltung mit Auflockerungen der Tatortregel .....	294
C. Die Anwendung (deutschen) Kartellrechts nach § 130 Abs. 2 GWB .....	295
I. Tatbestandsmerkmale des § 130 Abs. 2 GWB im Einzelnen .....	295
1. Wettbewerbsbeschränkung .....	295
2. Inlandsauswirkung .....	295
a. Bedeutung des Begriffs .....	295
aa. Maßgeblichkeit des Schutzzwecks der materiellrechtli- chen Verbotsnorm .....	296
(1) Methodischer Ansatz .....	296
(2) Handhabung bei allseitiger Ausgestaltung des Auswir- kungskriteriums .....	297
bb. Ort der wettbewerbsbeschränkenden Auswirkung .....	299
b. Problem der Extraterritorialität .....	301
c. Einschränkungen .....	303
aa. Unmittelbarkeitserfordernis .....	303
bb. Wesentlichkeits-/Spürbarkeitsschwelle .....	304
cc. Erfordernis der Tatsächlichkeit .....	306
dd. Behandlung von Teilauswirkungen .....	306
II. Sonderfragen bei der Anwendung von § 130 Abs. 2 GWB auf die Schadensersatzansprüche verschiedener Marktteilnehmer .....	306
1. Schadensersatzansprüche von Direktabnehmern .....	307
2. Schadensersatzansprüche von Folgeabnehmern .....	308
3. Schadensersatzansprüche von Lieferanten .....	311
2. Kapitel: Anknüpfung nach englischem Deliktskollisionsrecht .....	312
A. Rechtlicher Rahmen .....	312
B. Fehlen von Sonderkollisionsnormen .....	315
C. Auslegung von Section 11 im Hinblick auf kartelldeliktische Schadens- ersatzklagen .....	316
I. Fehlendes Bewusstsein für das Marktortprinzip .....	316
II. Erkenntnisse aus der Anknüpfung lauterkeitsrechtlicher Sachver- halte .....	318
III. Überlegungen zum Kartelldeliktsrecht .....	319
D. Auslegung von Section 12 im Hinblick auf kartelldeliktische Schadens- ersatzklagen .....	320
I. Multiparteienstreitigkeiten .....	320
II. Der Deliktsbeziehung zugrunde liegendes Vertragsverhältnis .....	321
E. Auslegung von Section 14 im Hinblick auf kartelldeliktische Schadens- ersatzklagen .....	322
I. Section 14(3)(a)(i) und (ii) .....	323
II. Section 14(4) .....	324

3. Kapitel: Anknüpfung nach europäischem Deliktskollisionsrecht .....	326
A. Rechtlicher Rahmen .....	328
I. Entstehungsgeschichte von Art. 6 Abs. 3 Rom II-Verordnung .....	328
II. Anwendungsbereich von Art. 6 Abs. 3 Rom II-Verordnung .....	330
1. Anwendungsbereich der Rom II-Verordnung .....	330
2. Verhältnis zum nationalen Deliktskollisionsrecht .....	332
3. Verhältnis von Kartellkollisions- und Lauterkeitskollisionsrecht ..	333
III. Art. 6 Abs. 3 und Abs. 4 Rom II-Verordnung im Überblick .....	335
1. Art. 6 Abs. 3 lit. a, Abs. 4 Rom II-Verordnung .....	335
2. Art. 6 Abs. 3 lit. b, Abs. 4 Rom II-Verordnung .....	335
a. Art. 6 Abs. 3 lit. b HS. 1 Rom II-Verordnung .....	336
b. Art. 6 Abs. 3 lit. b HS. 2 Rom II-Verordnung .....	337
IV. Vorgehensweise .....	337
B. Die Grundregel: Das Auswirkungsprinzip in allseitiger Ausprägung (Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-Verordnung) .....	338
I. Auswirkungen auf einen nationalen Markt .....	338
1. Inhaltliche Konkretisierung des Marktortkonzepts .....	338
a. Normtext und Erwägungsgründe .....	338
b. Rückgriff auf Erkenntnisse zum primärrechtlichen Auswirkungsprinzip .....	340
aa. Inhalt .....	341
(1) Grundzüge .....	341
(2) Übertragbarkeit auf die Rom II-Verordnung .....	342
bb. Grenzen .....	343
(1) Grenzen der Anwendung innerstaatlichen Kartellrechts .....	343
(a) Grundzüge .....	343
(b) Übertragbarkeit auf die Rom II-Verordnung .....	344
(aa) Vorhersehbarkeit, Wesentlichkeit, Unmittelbarkeit .....	344
(i) 1. Sichtweise: Keine qualifizierenden Kriterien in Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-Verordnung .....	346
(ii) 2. Sichtweise: Qualifizierende Kriterien auch in Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-Verordnung .....	347
(iii) Auseinandersetzung .....	350
(bb) (Sonstige) Völkerrechtliche Grenzen .....	351
(cc) Fehlender internationaler Anwendungswille des innerstaatlichen Kartellrechts .....	354

(2) Grenzen der Anwendung ausländischen Kartellrechts .	354
(a) Berücksichtigung fehlenden Anwendungswillens .	354
(aa) Drittstaatliche Kartellrechtsordnungen als ausländisches Recht .....	354
(bb) Mitgliedstaatliche Kartellrechtsordnungen als ausländisches Recht .....	356
(i) 1. Sichtweise: Normierung auch der Ma- ximalanforderungen .....	357
(ii) 2. Sichtweise: Normierung nur der Mi- nimalanforderungen .....	357
(iii) Auseinandersetzung .....	359
(b) Ordre public-Widrigkeit .....	360
2. Rechtfertigung des Marktortkonzepts .....	363
3. Gesonderte Anknüpfung von Verbotstatbestand und zivilrecht- licher Sanktionsfolge? .....	364
4. Sonderproblem: Gesonderte Anknüpfung europäischer Verbots- tatbestände? .....	365
a. Problembeschreibung .....	366
b. Maßgeblichkeit des primärrechtlichen Auswirkungsprinzips ...	368
II. Sonstige Tatbestandsmerkmale .....	371
1. Außervertragliches Schuldverhältnis anknüpfend an eine Wett- bewerbsbeschränkung .....	371
a. Ordnungsautonomes Verständnis .....	371
b. Verstöße gegen drittstaatliches Kartellrecht .....	371
c. Dem Gemeinschaftsrecht unbekannte wettbewerbsbeschrän- kende Verhaltensweisen .....	373
2. Unzulässigkeit abweichender Parteivereinbarungen .....	375
III. Rechtsfolgenanordnung .....	375
C. Die Sonderregelung für multi-state-Wettbewerb: Lex fori-Anknüpfung in Verbindung mit Klägeroptionsrecht (Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-Ver- ordnung) .....	376
I. Die Regelung des Art. 6 Abs. 3 lit. b HS. 1 Rom II-Verordnung .....	376
1. Inhalt .....	376
a. Überblick .....	376
aa. Unproblematische Voraussetzungen .....	376
bb. Problematische Voraussetzungen .....	377
b. Regelungszweck .....	380
aa. Internationalzivilverfahrensrechtliche Ausgangslage .....	380
bb. Abmilderung der negativen Folgen des Mosaikprinzips ....	381
2. Problematische Einzelfragen .....	383

a. Notwendige Inbezugsetzung des Individuums zur Forumrechtsordnung? .....	383
b. Erstreckung des Wahlrechts auf nationale Kartellverbotstatbestände? .....	384
aa. Problembeschreibung .....	384
bb. Lösungsansatz .....	386
(1) Einschränkung des Klägerwahlrechts .....	386
(2) Folgeüberlegungen .....	389
c. Konkretisierung der Kriterien der Unmittelbarkeit und Wesentlichkeit .....	390
3. Bewertung von und Auseinandersetzung mit abweichenden Lösungsansätzen .....	391
a. Bewertung der Anknüpfungsregel in Art. 6 Abs. 3 lit. b HS. 1 Rom II-Verordnung .....	391
b. Auseinandersetzung mit abweichenden Lösungsansätzen .....	393
aa. Frage K, Option 34, Alt. 1 des Grünbuchs .....	393
bb. Frage K, Option 34, Alt. 2 des Grünbuchs .....	394
cc. Schwerpunkt Betrachtung nach Basedow .....	394
4. Überlegungen zu Schadensersatzansprüchen mittelbarer Abnehmer/Lieferanten .....	396
II. Die Regelung des Art. 6 Abs. 3 lit. b HS. 2 Rom II-Verordnung .....	397
1. Regelungszweck und Problemüberblick .....	397
2. Wichtige zuständigkeitsrechtliche Konsolidierungsmöglichkeiten .....	399
a. Eingeschränkte Konsolidierungsmöglichkeiten nach Art. 2 und Art. 5 Nr. 3 EuGVVO .....	400
b. Hauptkonsolidierungsmöglichkeit nach Art. 6 Nr. 1 EuGVVO .....	400
aa. Fallgestaltungen .....	400
bb. Voraussetzungen nach Art. 6 Nr. 1 EuGVVO .....	402
3. Bewertung der Anknüpfungsregel des Art. 6 Abs. 3 lit. b HS. 2 Rom II-Verordnung .....	403
D. Zusammenfassung .....	405
I. Modifizierung der Tatortregel unter klassisch makroökonomischen Gesichtspunkten .....	405
II. Modifizierung der Tatortregel im Hinblick auf das Ziel der Effektivierung der privaten Rechtsdurchsetzung .....	407
Zusammenfassung der Ergebnisse .....	409
Literaturverzeichnis .....	423